

SPD-Landtagsabgeordneter Gunter Kaufmann spricht sich für längeres gemeinsames Lernen aus

Bildungspolitiker der Landtags-SPD, Gunter Kaufmann und Dr. Frank Mentrup, stellten sich im Durmersheimer Rathausaal Fragen zur Schulpolitik.

Der Wunsch nach längerem gemeinsamen Lernen durchzog die schulpolitische Veranstaltung, die die SPD Durmersheim mit Unterstützung des SPD-Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Rastatt/Murgtal, Gunter Kaufmann vergangener Woche unter dem Titel „Kein Schüler darf zurückbleiben – Chancengerechtigkeit im Bildungssystem“ im Ratssaal der Gemeinde Durmersheim durchführte.

Die SPD-Ortsvereinsvorsitzende von Durmersheim, Karina Stürmlinger, konnte hierzu Fachleute aus Politik und Schule begrüßen. Der Einladung des Ortsvereins folgten rund 30 Personen, unter ihnen nahezu alle Rektoren und Rektorinnen der Durmersheimer Grund- und Hauptschulen und aus den Verbandsgemeinden. Rege an der Diskussion beteiligten sich auch Vertreter des Familienbüros Durmersheim, vom Internationalen Bund sowie des Jugendhauses Durmersheim.

Dr. Frank Mentrup, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, zeigte in seinem Einführungsreferat die derzeitige schwierige Situation anhand von statistischen Zahlen auf, mit denen die Schulträger bezüglich der Schülerzahlen in ihren Einrichtungen zu rechnen haben. Der Schülerrückgang wirkt sich vor allem im Bereich der Grund- und Hauptschulen aus. Während in das neue Schuljahr 4,6 Prozent weniger Schüler in die Grundschulen im Schulamtsbezirk Rastatt/Baden-Baden gegenüber dem Vorjahr einzogen, waren es bei den Hauptschulen 6,2 Prozent weniger. Laut Mentrup stellt sich die Situation in Baden-Württemberg vier Mal schlechter dar, als im Durchschnitt in der gesamten Bundesrepublik.

An Zahlen aus dem Landkreis Rastatt machte Gunter Kaufmann die Probleme der Hauptschulen deutlich. Ziel der Landesregierung seien zweizügige Hauptschulen. Im Landkreis gibt es 28 Hauptschulen, davon sind 21 einzügig und nur 7 zweizügig. Für einzügige Schulen, so Kaufmann, habe die Landesregierung eine Schülerzahl von mindestens 17 Kindern je Klasse und 85 Schülern insgesamt festgesetzt. Dieser Herausforderung zum Erhalt der Schulen müssten sich die Gemeinden stellen. Nach Ansicht der beiden SPD-Politiker verschärft das dreigliedrige Schulsystem die soziale Selektion und verhindert gleiche Bildungschancen, insbesondere für Kinder aus sozial schwachen Familien. „Alle Menschen sollten eine gerechte Chance haben an der Gesellschaft teilnehmen zu können, so Frank Mentrup, und die Voraussetzung dazu bietet nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion die Einführung einer sechsjährigen Grundschule, gefolgt von einer vierjährigen Gemeinschaftsschule, die einen mittleren Bildungsabschluss für möglichst viele Schüler bieten soll“, so der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Jede Hauptschule sollte einen Realschulabschluss anbieten können. Die Schulbezirke sollten aufgehoben werden, damit Eltern nicht nur Gymnasien und Realschulen, sondern auch Hauptschulen frei wählen könnten.

Dort wo beabsichtigt ist, Schulen zu schließen, müssen die Kommunen als Schulträger versuchen, neue Lösungen zu finden. Der Einführung von immer mehr Privatschulen solle, wenn möglich, Einhalt geboten und die Möglichkeit der Fusion mit anderen Hauptschulen an anderen Standorten oder Gemeinschaftsschulen geprüft werden.

In der Diskussion ging es auch um die Ganztagschule. Dabei wurde sowohl seitens der Abgeordneten und des Durmersheimer SPD-Fraktionsvorsitzenden Werner Hermann als auch der verantwortlichen Schulleiter und Eltern festgestellt, dass sich die Situation im ländlichen Raum anders darstellt als in größeren Städten. Dies sowohl im Hinblick auf die

Ausbildungschancen der Hauptschüler als auch auf den Bedarf an Ganztagschulen. Rektor Heinz Moll von der Hardtschule Durmersheim, der die Schulleitungen der verschiedenen Hauptschulen auf dem Podium vertrat, konnte in diesem Zusammenhang vermelden, dass der Gemeinderat von Durmersheim sich am Vorabend für die Einrichtung eines Ganztagsbetrieb an seiner Schule ausgesprochen hat. Auch, so Moll, würden viele seiner Schulabgänger ihren Weg gehen und einen Ausbildungsvertrag erhalten bzw. in eine weiterführende berufliche Schule wechseln.